

Antrag 43/I/2026**UBV HVL****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Teilzeit ist Ausdruck sozialer Gerechtigkeit - Gleichstellung und Erwerbsarbeit stärken**

- 1 Die SPD Brandenburg bekennt sich ausdrücklich zur
- 2 Teilzeitbeschäftigung als gleichwertige und legiti-
- 3 me Form der Erwerbsarbeit.
- 4 Teilzeit ist Bestandteil moderner Arbeits- und Le-
- 5 bensrealitäten. Sie ist ein wichtiger Bestandteil ei-
- 6 ner wirksamen Gleichstellungspolitik. Sie ermög-
- 7 licht die Vereinbarkeit von Familie, Pflege, gesell-
- 8 schaftlichem Engagement und Beruf.
- 9 Gleichzeitig stellt der Landesparteitag fest: Ein er-
- 10 heblicher Teil der Teilzeitbeschäftigung erfolgt nicht
- 11 nur aus freier Entscheidung, sondern aufgrund
- 12 struktureller Rahmenbedingungen. Viele Beschäf-
- 13 tigte arbeiten in Teilzeit, weil:
 - 14 • Kinderbetreuungsangebote nicht ausreichen
 - 15 oder zeitlich nicht passen,
 - 16 • Ganztags- und Randzeitenbetreuung nach
 - 17 wie vor fehlen,
 - 18 • Pflegeverantwortung für Angehörige über-
 - 19 nommen wird,
 - 20 • betriebliche Arbeitszeitmodelle nicht so flexi-
 - 21 bel sind, wie vielfach dargestellt.
- 22 Wer politisch eine Reduzierung von Teilzeit oder ei-
- 23 ne Ausweitung von Vollzeiterwerbstätigkeit fordert,
- 24 muss zunächst die gesellschaftlichen, sozialen und
- 25 infrastrukturellen Voraussetzungen für echte Wahl-
- 26 freiheit schaffen.
- 27 Die SPD Brandenburg fordert daher vom Bund:
 - 28 1. Den flächendeckenden und verlässlich fi-
 - 29 nanzierten Ausbau der Kinderbetreuung
 - 30 einschließlich Randzeiten- und Ferienbetreu-
 - 31 ung.
 - 32 2. Eine nachhaltige (dauerhafte) Finanzierung
 - 33 des Ganztagsanspruchs sowie eine Fachkräf-
 - 34 testrategie im Erziehungsbereich.
 - 35 3. Verbesserte Rahmenbedingungen für pfl-
 - 36 egende Angehörige, einschließlich flexibler Ar-
 - 37beitszeitmodelle und sozialer Absicherung.
 - 38 4. Die Stärkung des Rechts auf Rückkehr aus be-
 - 39 fristeter Teilzeit sowie bessere Durchsetzungs-
 - 40 möglichkeiten bei Arbeitszeitaufstockung.
 - 41 5. Die Überprüfung steuer- und sozialrechtli-
 - 42 cher Regelungen, die eigenständige Erwerbs-
 - 43 biografien schwächen oder Teilzeit struktu-

rell verfestigen. Teilzeit darf weder stigmatisiert noch strukturell erzwungen werden. Das Ziel sozialdemokratischer Politik ist eine echte Wahlfreiheit.

Begründung

Teilzeitbeschäftigung ist für viele Menschen Ausdrucksdruck verantwortlicher Lebensgestaltung und kein Lifestyle-Produkt. Gleichzeitig ist sie häufig Folge unzureichender öffentlicher Infrastruktur.

Insbesondere Frauen arbeiten überdurchschnittlich oft in Teilzeit – nicht aus freier Wahl, sondern weil insbesondere Familiensorgearbeit weiterhin ungleich verteilt ist und staatliche Daseinsfürsorge bzw. Unterstützung nicht ausreicht.

Eine pauschale Kritik an hohen Teilzeitquoten greift zu kurz. Wer höhere Erwerbsumfänge anstrebt, muss zuerst:

- Betreuung vernünftig sichern,
- Pflege absichern,
- Arbeitszeitrechte stärken,
- Gleichstellung voranbringen.

Sozialdemokratische Arbeitsmarktpolitik verbindet wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mit sozialer Realität. Echte Wahlfreiheit kann nur dort entstehen, wo auch die notwendigen strukturellen Voraussetzungen existieren.